

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr

am 07.11.2006

Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz : Stadtv. Kessler_

Anwesende Ausschussmitglieder

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der

Drucksachenlisten (DL) (Drucksachenband)
Nrn.

Drucksachenlisten (DL) (Drucksachenband)
Nrn.

Drucksachenlisten (DL) (Drucksachenband)
Nrn.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 07.11.2006

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 22:00 Uhr

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der/die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Tagesordnung siehe Anlage 3

Veröffentlichung siehe Anlage 4

Presseberichterstattung siehe Anlage 5

Tagesordnung 1

0135

Tagesordnung

einstimmig

0136

06-F-25-0034

Maßnahmen für den Radverkehr in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN

und FDP vom 11.10.2006 -

Die Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplanes soll vorangetrieben werden, wozu die Bedingungen für den Radverkehr in Wiesbaden verbessert werden. Dies soll durch „harte“ und „weiche“ Maßnahmen geschehen.

Deshalb möge der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

dafür Sorge zu tragen, dass Radwege verstärkt im Umfeld von Schulen eingerichtet werden, um

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 07.11.2006

hierdurch Schulwege sicherer zu machen. Hierfür sollte für ein Pilotprojekt zunächst ein Wettbewerb unter Wiesbadener Schulen ausgelobt werden, wie die Schulen ein solches Projekt bestmöglich unter Einbeziehung von Planungs- und Ausführungsideen der Schülerinnen und Schüler und anderer Ortskundiger (z.B. Eltern und Lehrerschaft) sowie ortsbezogene Maßnahmen der Verkehrserziehung unterstützen können. Diese Erfahrungen sollen anschließend bei der Umsetzung weiterer Schul-Radweg-Projekte allen Schulen zur Verfügung gestellt werden.

die Verlängerung von Sackgassen – wo möglich – für Radfahrer zu öffnen und eine entsprechende Kennzeichnung der Wege zu realisieren. Das Ziel ist eine einheitliche Beschilderung.

die Öffnung weiterer Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung zu prüfen und im Einvernehmen mit den Ortsbeiräten zeitnah zu verwirklichen.

weitere Abstellanlagen für Fahrräder an größeren Verkehrsknotenpunkten und öffentlichen Einrichtungen sowie an sichtbar hoch frequentierten Orten in Wiesbaden aufzustellen. Weitere wichtige Abstellanlagen in der Innenstadt sind einzurichten. Hierbei sehen wir folgende Prioritäten: Luisenplatz, Dernsches Gelände, Schlossplatz, Webergasse / An den Quellen, Michelsberg, Ostseite des Hauptbahnhofes. Für den Außenstadtbereich liegen die Prioritäten zum Installieren von Abstellanlagen im Umfeld der HSK und an Bushaltestellen, die als gute Anschlusspunkte für „Bike & Ride“ genutzt werden können.

als erstes die Radverbindungen zu realisieren, zu beschildern und zu signalisieren, die erforderlich sind, damit der Hauptbahnhof von allen Richtungen mit dem Fahrrad angefahren werden kann.

als Maßnahme zur sicheren Führung von Radverkehr auf ruhigen Nebenstraßen im Innenstadtbereich die Realisierung eines Velo-Rings planerisch vorzubereiten.

die Realisierung der Radwege Bahnhof / Dernsches Gelände, Innenstadt / Sonnenberg - Rambach sowie Innenstadt / Taunusstraße - Nerotal planerisch vorzubereiten. Hierbei gilt grundsätzlich, die Radwege, soweit möglich auf den Hauptachsen umzusetzen und ansonsten Parallelwege zu prüfen.

diese Maßnahmen durch die Entnahme von Geldern für 2006 und für 2007 in Höhe von jeweils 200.000 Euro aus der Haushaltsstelle 2. 6300.950000.1.115 zu fin

Enthaltung BLW

0137 06-F-25-0033
Sanierung des Kriegerdenkmals im Nerotal
-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN
und FDP vom 30.10.2006 -
Der Ausschuss Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

Unmittelbar mit Beginn des Jahres 2007 mit der Sanierung des Kriegerdenkmals und der Neugestaltung des umliegenden Platzes im Nerotal zu beginnen.

Folgende Punkte

sollen bei der Erarbeitung und Umsetzung der entsprechenden Konzepte Beachtung finden:

die Grundsanierung des Denkmals und des dazugehörigen Sockels,

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 07.11.2006

die Neuordnung und Neugestaltung des umliegenden zur Taunusstraße ausgerichteten Platzes unter Berücksichtigung der Integration und Modernisierung des Kioskbetriebes inklusive der Möglichkeit eines ganzjährigen Bistroangebotes, der bestehenden oder einer neuen Toilettenanlage, der Ordnung des ruhenden Verkehrs an der Platz-Außenumrandung, auch vor dem Hintergrund der angedachten Fahrradverbindung Hbf-Nerotai. Bezüglich der Modernisierung des Kioskbetriebes sollte mit dem derzeitigen Pächter über die Möglichkeiten eines PPP-Projektes verhandelt werden.

□□

Enthaltung BLW

0138 06-F-01-0103
Gerichtsareal Moritz-/Oranienstraße
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 31.10.2006 -
Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

welche

Vorstellungen zur zukünftigen städtebaulichen Nutzung des Gerichtsareals die Landeshauptstadt Wiesbaden in die Stadt-Land-Arbeitsgruppe eingebracht hat,

welche

Ergebnisse die Stadt-Land-Arbeitsgruppe für die zukünftigen Planungen des Quartiers Moritz- und Oranienstraße nach dem Wegzug der Gerichte erarbeitet hat,

wie sich der

gegenwärtige Sachstand vor allem unter dem Aspekt der Einbeziehung der betroffenen Gewerbetreibenden und der Bürgerinnen und Bürger darstellt.

□□

einstimmig

0139 06-F-01-0102
Parkhaus Coulinstraße
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 31.10.2006 -
Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

in welchen Intervallen die Parkhäuser in Wiesbaden und insbesondere das Parkhaus Coulinstraße bisher auf Statik und Bausicherheit untersucht wurden,

ob sich die jetzt festgestellten Schäden im

Stahl auf die Sicherheit des Parkhauses auswirken,

wer das jetzige Gutachten zur baulichen Situation des Parkhauses (rostender Stahl im Beton) erstellt hat und wer es beauftragt hatte,

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 07.11.2006

ob es bereits Interessenten gibt, die sich an die Stadt gewandt haben, um das Parkhaus zu kaufen oder es zu sanieren und zu betreiben,

ob das Stadtentwicklungsdezernat in die Planungen zur Zukunft des Parkhauses Coulinstraße mit eingebunden worden ist und ob es Überlegungen gibt, im Hinblick auf die Realisierung eines Ortes für das Namentliche Gedenken das Parkhaus-Areal einer anderen Verwendung zuzuführen und damit vor allem zu einer städtebaulichen Aufwertung des Gebiets zu kommen.

□□

einstimmig

0140 06-V-80-2345
Sanierung Parkhaus Coulinstraße

einstimmig

0141 06-F-01-0108
Auslastung von Parkhäusern in Wiesbaden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 01.11.2006 -
Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, wie die
vorhandenen Parkhäuser in der Landeshauptstadt Wiesbaden, insbesondere das
Parkhaus
unter dem Bowling Green und das Parkhaus Coulinstraße ausgelastet sind.

□□

einstimmig

0142 06-F-01-0105
Parkplätze auf dem Betriebshof neben dem Kurhaus
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 01.11.2006 -
Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass der Betriebshof neben dem Kurhaus ausschließlich als Betriebshof und nicht als Parkplatz für besondere Kunden genutzt wird.

Begründung:

Der Bau einer Tiefgarage unter dem Bowling Green wurde unter anderem damit begründet, dass das Blech vor dem Kurhaus unter die Erde verschwinden solle und gerade die Besucher der Spielbank einen direkten, trockenen und sicheren Zugang zum Kurhaus bzw. zur Spielbank erhalten sollten. Dieser Zugang ist nun nach Fertigstellung der Tiefgarage gewährleistet, es besteht also kein Bedarf nach oberirdischen Parkplätzen.

□□

gegen SPD + BLW

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 07.11.2006

0143 06-F-01-0106
Zentraler Justiz- und Verwaltungsstandort Mainzer Straße
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 01.11.2006 -
Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

wie sich der aktuelle Sachstand bzgl. des Baus eines zentralen Justiz- und Verwaltungszentrums an der Mainzer Straße darstellt,

ob es zwischen den Vertretern von Stadt und Land unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wer das Projekt realisieren soll und wenn ja, worin diese Unterschiede bestehen,

ob es mit Bewerbern, die an der
Auslobung teilgenommen haben und die engere Wahl gekommen sind,
Nachverhandlungen gibt
und wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage diese geführt werden und was die Gründe für
Nachverhandlungen sind,

warum es bisher noch keinen Zwischenbericht zum Ergebnis der
Auslobung gibt und

wann mit einer Entscheidungsvorlage des Magistrats und somit mit
der Beteiligung der Gremien zu rechnen ist.

□□

einstimmig

0144 06-F-07-0003
Landschaftsschutzmaßnahmen der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste vom 19.06.2006 -
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die wertvollsten Landschaftselemente sowohl im Innen- als auch im Außenbereich der LH-Wiesbaden, die zukünftig nicht durch den § 31 des novellierten Hess. Naturschutzgesetzes durch den unmittelbaren gesetzlichen Schutz (gesetzlich geschützte Biotope) geschützt sind, in seiner Zuständigkeit mit den Unterschutzstellungsinstrumenten nach dem Vierten Abschnitt – Erster Titel - des neuen Hess. Naturschutzgesetzes entweder als Geschützter Landschaftsbestandteil nach § 27 Naturdenkmal nach § 26 Naturschutzgebiet bis 5 ha Größe nach § 21 Zug um Zug bis zum Jahr 2009 auszuweisen. Bei akuter Gefährdung ist von der Einstweiligen Sicherstellung nach § 29 Gebrauch zu machen. Bis zum Herbst 2007 soll ein Unterschutzstellungskonzept entwickelt und vorgestellt werden.

Zu den in Wiesbaden besonders betroffenen Landschaftselementen und Teilen von Natur und Landschaft gehören

Trockenmauern, Hohlwege, Feldgehölze, Feldraine, Streuobstwiesen,
Landschaftsprägende Bäume, Alleen, Landschaftsbild prägende Landschaftsteile

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 07.11.2006

Magerrasen und artenreiche Flachlandmähwiesen sowie Feuchtgebiete u. ä.

Folgende Kriterien für die Bestimmung und Abgrenzung der Landschaftselemente sind anzuwenden
Brutstätten und Teillebensräume besonders und streng geschützter Tierarten wie Fledermäuse, Vögel, Reptilien, Amphibien, Libellen, Heuschrecken, Tagfalter und Käferarten

Standorte von Rote Liste Arten der Pflanzen
besondere Bedeutung für das Landschaftsbild (Attraktivität der Kultur- und Erholungslandschaft)
besondere kulturhistorische und landschafts- und bodengeschichtliche Bedeutung

Weiterhin sollen Grundstückseigentümer und Nutzer über die Bedeutung dieser Landschaftselemente, ihren Nutzen und über den gesetzlichen Schutz ausführlich mittels verschiedener geeigneter Medien informiert werden.

Begründung:

Hintergrund ist die Novellierung des Hessischen Naturschutzgesetzes mit Wegfall des unmittelbaren gesetzlichen Schutzes von

Feldgehölzen, Landschaftsprägenden Einzelgehölzen, Hohlwegen, Allen, Trockenmauern und Streuobstbeständen. Ähnlich wie bei vergleichbaren Fällen (Wegfall der Baumschutzsatzung in Wiesbaden) ist zu erwarten, daß das Landschaftselemente zukünftig beseitigt werden. Gleichzeitig zieht sich die Landesregierung im Außen- und Innenbereich und außerhalb der Großschutzgebiete aus der Verantwortung für den Naturschutz vollkommen zurück. So werden bspw. keine Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete mehr ausgewiesen, noch wird Geld für den sogenannten freiwilligen Naturschutz für Extensivierungsprogramme bereitgestellt. Damit ist das Bek

einstimmig

0145 06-V-66-0311
Fortführung der Neugestaltung Fußgängerzone

einstimmig

0146 06-V-66-0216
Ausbau Kirschblütenstraße, Wi-Frauenstein (K 646)

gegen BLW

0147 06-V-69-0013
Instandsetzung Faulbrunnenplatz

einstimmig

0148 06-V-04-0008
Fahrplanwechsel am 10.12.2006

Verschiedenes

einstimmig

Tagesordnung 2

0156 06-V-01-0020
Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von der Niederschrift über die 55. Sitzung am 30.03.2006

Enthaltung BLW

0157 06-V-66-0221
Walkmühlstraße, Walkmühltalanlage, Bornhofenweg, Wiesbaden-Nordost

Enthaltung BLW

0158 06-V-66-0230
L 3017 Ortsumgehung Breckenheim; hier: Finanzierung

Enthaltung BLW

0159 06-V-67-0027
Kinderspielplatz Am Friedhof/Hainweg: Lieferung und Montage einer Mittelmast-Netzpyramide

Enthaltung BLW

0160 06-V-69-0014
Lärmschutzmaßnahme Tattersall

Enthaltung BLW

0161 06-F-01-0077
Nahversorgung im Bereich Platter Straße
Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0109 vom 12.09.2006

einstimmig

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 07.11.2006

0162 06-V-51-0048
Ersatzneubau des Lorenz-Werthmann-Hauses

Enthaltung BLW

0163 06-V-80-2335
Vergabe eines Erbbaurechtes für das Anwesen Rathausstraße 65 in Wiesbaden-Biebrich
an
den Verein der in Wiesbaden und Umgebung lebenden Griechen

Enthaltung BLW

0164 06-V-52-0010
Sanierung der Sportanlage "Schönbergstraße" in Wiesbaden-Kohlheck

Enthaltung BLW

0165 06-V-66-0227
Bau einer Abbiegespur, hagenauer Straße, Wiesbaden-Biebrich

Enthaltung BLW

0166 06-V-66-0105
Grundmühlweg - Einziehung einer öffentlichen Verkehrsfläche (Teilfläche)

Enthaltung BLW

0167 06-V-51-0038
Beabsichtigter Bau und Betrieb einer Kindertagesstätte in Wiesbaden-Naurod durch den ASB Wiesbaden

Enthaltung BLW

0168 06-V-61-0040
Bauen im Bestand; Ergebnisse der städtebaulichen Untersuchung Komponistenviertel

Enthaltung BLW

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 07.11.2006

Anlagen

Wiesbaden, 27. Februar 2007

Der/Die Vorsitzende

Der/Die SchriftführerIn

Kessler

Bohlmann